

GESETZENTWURF

der Regierung des Saarlandes

betr.: Haushaltsbegleitgesetz 2011 (HBeglG 2011)

Der Landtag des Saarlandes wolle beschließen:

Artikel 1

Gesetz über die Festsetzung des Steuersatzes bei der Grunderwerbsteuer

§ 1

Steuersatz bei der Grunderwerbsteuer

Der Steuersatz bei der Grunderwerbsteuer beträgt 4 % für Rechtsvorgänge, die sich auf ein im Saarland belegenes Grundstück beziehen.

§ 2

Anwendungsbereich

Der Steuersatz nach § 1 ist auf Erwerbsvorgänge anzuwenden, die ab dem Tag des Inkrafttretens dieses Gesetzes verwirklicht werden.

Artikel 2

Änderung des Saarländischen Besoldungsgesetzes

§ 3b des Saarländischen Besoldungsgesetzes in der Fassung der Bekanntmachung vom 10. Januar 1989 (Amtsbl. S. 301), zuletzt geändert durch Gesetz vom 1. Juli 2009 (Amtsbl. S. 1138), erhält folgende Fassung:

Ausgegeben: 20.10.2010

„§ 3b

Abweichende Bestimmung von Grundgehaltssätzen

(1) Beamte und Richter, für die nach dem 31. Dezember 2010 ein Anspruch auf Dienstbezüge aus einem der nachstehend genannten Ämter entsteht, erhalten abweichend von § 19 Absatz 1 des nach § 1 Absatz 2 als Landesrecht fortgeltenden Bundesbesoldungsgesetzes

bei einem Eingangsamt der Besoldungsgruppe A 9 oder einer Besoldungsgruppe mit höherem Endgrundgehalt für die Dauer von zwei Jahren nach Entstehung des Anspruchs die Grundgehaltssätze der jeweils nächstniedrigeren Besoldungsgruppe,

bei einem Eingangsamt der Besoldungsgruppe R 1 für die Dauer von zwei Jahren nach Entstehung des Anspruchs Grundgehaltssätze in Höhe von 90 vom Hundert der Grundgehälter der Besoldungsgruppe R 1,

bei einem Amt der Besoldungsgruppe W 1 für die Dauer von zwei Jahren nach Entstehung des Anspruchs ein Grundgehalt in Höhe von 90 vom Hundert des Grundgehalts der Besoldungsgruppe W 1.

Satz 1 gilt nicht für Beamte und Richter, denen bis zur Entstehung des Anspruchs Dienstbezüge aus einem nicht in Satz 1 genannten Amt oder aus einem vor dem 1. Januar 2011 übertragenen Amt nach Satz 1 zugestanden oder wegen einer Beurlaubung oder einer Mitgliedschaft in einem Parlament nicht zugestanden haben. Die Zeit, in der abweichende Grundgehaltssätze in einem anderen Amt oder bei einem anderen Dienstherrn zugestanden haben, ist anzurechnen.

(2) Bei den am 31. Dezember 2010 vorhandenen Lehrkräften des gehobenen Dienstes in der Besoldungsgruppe A 13, deren Grundgehalt nach § 3b Absatz 2 des Saarländischen Besoldungsgesetzes in der Fassung des Gesetzes vom 1. Oktober 1998 (Amtsbl. S. 1755) vermindert ist, verbleibt es abweichend von Absatz 1 bei einer Verminderung des Grundgehalts um 300 Euro. Die Verminderung entfällt nach zweijähriger Verwendung. Die Zeit, in der vor dem 1. Januar 2011 ein vermindertes Grundgehalt zugestanden hat, ist anzurechnen.“

Artikel 3**Änderung des Saarländischen Beamtengesetzes**

§ 67 des Saarländischen Beamtengesetzes vom 11. März 2009 (Amtsbl. S. 514), geändert durch Artikel 3 des Gesetzes vom 10. Februar 2010 (Amtsbl. I S. 28), wird wie folgt geändert:

1. Absatz 2 wird wie folgt geändert:
- In Satz 2 werden nach dem Wort „Behandlung“ die Wörter „und für Heilpraktikerleistungen“ eingefügt.
 - Folgender Satz wird angefügt:

„Aufwendungen für Sehhilfen werden nur Personen bis zum vollendeten 18. Lebensjahr sowie stark Sehbehinderten erstattet.“

2. In Absatz 3 wird Satz 7 aufgehoben.

3. Nach Absatz 3 werden folgende neue Absätze 4 bis 9 eingefügt:
„(4) Die auszuzahlende Beihilfe wird je Kalenderjahr, in dem die Aufwendungen geltend gemacht werden, um folgende **Kostendämpfungspauschale** gekürzt:

Stufe	Besoldungsgruppen	Betrag
1	Besoldungsgruppen A 7 und A 8	100,00 Euro
2	Besoldungsgruppen A 9 bis A 11	150,00 Euro
3	Besoldungsgruppen A 12 bis A 15, B 1, C 1 und C 2, H 1 bis H 3, R 1, W 1	300,00 Euro
4	Besoldungsgruppen A 16, B 2 und B 3, C 3, H 4 und H 5, R 2 und R 3, W 2	450,00 Euro
5	Besoldungsgruppen B 4 bis B 7, C 4, R 4 bis R 7, W 3	600,00 Euro
6	Höhere Besoldungsgruppen	750,00 Euro

(5) Die Beträge nach Absatz 4 werden bei Teilzeitbeschäftigung im gleichen Verhältnis wie die Arbeitszeit vermindert.

(6) Die Beträge nach Absatz 4 bemessen sich

- bei Ruhestandsbeamtinnen und Ruhestandsbeamten und früheren Beamtinnen und Beamten nach dem Ruhegehaltssatz,
- bei Witwen und Witwern sowie hinterbliebenen eingetragenen Lebenspartnerinnen und Lebenspartnern nach 55 vom Hundert des Ruhegehaltssatzes;

dabei darf die Kostendämpfungspauschale in den Fällen der Nummer 1 70 vom Hundert und in den Fällen der Nummer 2 40 vom Hundert der Beträge nach Absatz 4 nicht übersteigen. Für die Zuteilung zu den Stufen nach Absatz 1 ist die Besoldungsgruppe maßgebend, nach der die Versorgungsbezüge berechnet sind. Die Sätze 1 und 2 gelten entsprechend für Versorgungsempfängerinnen und Versorgungsempfänger, deren Versorgungsbezügen ein Grundgehalt (Gehalt) nach einer früheren Besoldungsgruppe, eine Grundvergütung oder ein Lohn zugrunde liegt, sowie für Versorgungsempfängerinnen und Versorgungsempfänger, deren Versorgungsbezüge in festen Beträgen festgesetzt sind.

(7) Die Kostendämpfungspauschale nach den Absätzen 4 bis 6 vermindert sich um 40,00 Euro für jedes berücksichtigungsfähige Kind oder jedes Kind, das nur deshalb nicht berücksichtigungsfähig ist, weil es selbst beihilfeberechtigt ist.

(8) Die Höhe der Kostendämpfungspauschale richtet sich nach den bei der erstmaligen Antragstellung im Kalenderjahr maßgebenden Verhältnissen.

- (9) Die Kostendämpfungspauschale entfällt
1. bei Empfängerinnen und Empfängern von Anwärterbezügen,
 2. bei Witwen und Witwern sowie hinterbliebenen eingetragenen Lebenspartnerinnen und Lebenspartnern in dem Kalenderjahr, in dem der Beihilfeanspruch entsteht,
 3. bei Waisen,
 4. bei beihilfefähigen Aufwendungen, die einer oder einem verstorbenen Beihilfeberechtigten entstanden sind, und Aufwendungen aus Anlass des Todes der oder des Beihilfeberechtigten,
 5. bei Mitgliedern von Krankenkassen im Sinne des § 4 Absatz 2 des Fünften Buches Sozialgesetzbuch.

Die Kostendämpfungspauschale entfällt ebenfalls für Aufwendungen

1. für Maßnahmen zur Gesundheitsvorsorge,
2. für Maßnahmen zur Früherkennung von Krankheiten,
3. für die Schwangerschaftsüberwachung und die ärztlich verordnete Schwangerschaftsgymnastik sowie für im Zusammenhang mit der Schwangerschaft verordnete Arzneimittel, Verbandmittel und dergleichen und
4. bei dauernder Pflegebedürftigkeit.“

4. Der bisherige Absatz 4 wird Absatz 10.

Artikel 4

Änderung der Beihilfeverordnung

Die Verordnung über die Gewährung von Beihilfen in Krankheits-, Pflege-, Geburts- und Todesfällen (Beihilfeverordnung) in der Fassung der Bekanntmachung vom 10. März 1987 (Amtsbl. S. 329), zuletzt geändert durch Verordnung vom 8. Dezember 2008 (Amtsbl. S. 2109), wird wie folgt geändert:

1. In § 4 Absatz 2 wird Satz 3 aufgehoben.
2. § 5 wird wie folgt geändert:
 - a) Absatz 1 wird wie folgt geändert:
 - aa) In Nummer 1 Satz 1 werden die Wörter „und Leistungen eines Heilpraktikers“ gestrichen.
 - bb) In Nummer 2 Satz 1 werden die Wörter „abzüglich eines Betrages von 9 Euro je Kalendertag für längstens 14 Kalendertage innerhalb eines Kalenderjahres bei Personen über 18 Jahren“ gestrichen.

- cc) Nummer 6 wird wie folgt gefasst:
„6. Die vom Arzt oder Zahnarzt bei Leistungen nach Nummer 1 verbrauchten oder nach Art und Umfang schriftlich verordneten Arzneimittel, Verbandmittel und dergleichen. Ist für ein Arznei- oder Verbandmittel ein Festbetrag nach dem Fünften Buch Sozialgesetzbuch festgesetzt, sind die Aufwendungen nur bis zur Höhe des Festbetrags beihilfefähig. Nicht beihilfefähig sind Aufwendungen für Mittel, die geeignet sind, Güter des täglichen Bedarfs zu ersetzen sowie die Aufwendungen für
- a) Arzneimittel zur Anwendung bei Erkältungskrankheiten und grippalen Infekten für Personen, die das 18. Lebensjahr vollendet haben,
 - b) Mund- und Rachentherapeutika, ausgenommen bei Pilzinfektionen,
 - c) Abführmittel, ausgenommen bei schweren Erkrankungen,
 - d) Arzneimittel gegen Reisekrankheiten.“
- dd) In Nummer 11 wird Satz 5 aufgehoben.
- b) Absatz 2 Satz 1 wird wie folgt geändert:
- aa) Buchstabe b wie folgt gefasst:
„b) Heilbehandlungen nach Absatz 1 Nummer 8 und Hilfsmittel nach Absatz 1 Nummer 9“
 - bb) Die Angabe „Anlagen 2 bis 5“ wird durch die Angabe „Anlagen 2 bis 4“ ersetzt.
3. In § 7 Absatz 3 Satz 1 werden der Strichpunkt und der Halbsatz 2 gestrichen.
4. § 15 wird wie folgt geändert:
- a) In der Überschrift werden das Komma und das Wort „Belastungsgrenze“ gestrichen.
 - b) Absatz 7 wird wie folgt geändert:
 - aa) Die Sätze 1 bis 5 werden gestrichen.
 - bb) In dem verbliebenen Satz werden die Wörter „darüber hinaus“ gestrichen.
5. In Anlage 4 wird in Nr. 4 folgender Satz 4 angefügt:
- „Für Personen nach Vollendung des 18. Lebensjahres sind Sehhilfen beihilfefähig, wenn auf Grund der Sehschwäche oder Blindheit entsprechend der von der Weltgesundheitsorganisation (WHO) empfohlenen Klassifikation des Schweregrades der Sehbeeinträchtigung beide Augen eine schwere Sehbeeinträchtigung mindestens der Stufe 1 aufweisen.“
6. Anlage 5 zu § 5 Absatz 1 Nummer 1 Satz 1 i.V.m. Absatz 2 Buchstabe b (Beihilfefähigkeit der Aufwendungen bei Behandlungen durch Heilpraktiker) wird aufgehoben.

Artikel 5

Inkrafttreten

Dieses Gesetz tritt mit Wirkung vom 1. Januar 2011 in Kraft.

Begründung

Zu Artikel 1: Gesetz über die Festsetzung des Steuersatzes bei der Grunderwerbsteuer

A. Allgemeines

Die Folgen der Finanz- und Wirtschaftskrise sowie deren Bekämpfung haben zu erheblichen Einbrüchen bei den Einnahmen der Länder sowie zu einer erheblichen Steigerung ihrer Ausgaben zur Bekämpfung der Krise geführt. Um die Neuverschuldung des Landes (Stichwort Schuldenbremse) zu begrenzen und gleichzeitig Spielräume für bestimmte förderungswürdige Bereiche zu erhalten, ist neben konsequenten Sparanstrengungen auch eine Steigerung der Einnahmequellen des Landes erforderlich.

Zu diesem Zweck macht die Landesregierung von ihrer grundgesetzlichen Befugnis Gebrauch, den bisher bundeseinheitlichen Steuersatz bei der Grunderwerbsteuer von 3,5 % maßvoll auf 4 % anzuheben. Die Anhebung führt zu Steuermehreinnahmen von etwa 3,8 Mio. € für das Land und 1,8 Mio. € für die Gemeindeverbände und kreisfreien Städte.

B. Im Einzelnen

Zu § 1

Im Rahmen der Föderalismusreform ist die Gesetzgebungskompetenz der Länder auf dem Gebiet der Steuern gestärkt worden. Gemäß Artikel 105 Abs. 2a Satz 2 des Grundgesetzes haben die Länder seit 1. September 2006 die Befugnis, den Steuersatz bei der Grunderwerbsteuer selbst festzulegen. Neben der Steuersatzautonomie der Länder bleibt die Kompetenz des Bundes zur Festlegung einer einheitlichen grunderwerbsteuerlichen Bemessungsgrundlage erhalten. Der vor der Neuregelung in § 11 Abs. 1 des Grunderwerbsteuergesetzes bundeseinheitlich festgelegte Steuersatz in Höhe von 3,5 % gilt fort, solange ein Land seine Kompetenz zur Bestimmung des Steuersatzes nicht ausübt. Wird ein landeseigener Steuersatz für die Grunderwerbsteuer bestimmt, verbleiben die daraus resultierenden Mehr- oder Mindereinnahmen vollumfänglich dem jeweiligen Land, eine Einbeziehung in den Länderfinanzausgleich findet nicht statt.

Die Vorschrift bestimmt abweichend von dem bisherigen bundeseinheitlichen Steuersatz von 3,5 % einen landeseigenen Steuersatz von 4 % für alle Erwerbsvorgänge, die sich auf Grundstücke beziehen, die im Saarland liegen.

Gemäß Artikel 125a Abs. 1 des Grundgesetzes ersetzt dieses Gesetz § 11 Abs. 1 des Grunderwerbsteuergesetzes in seinem Geltungsbereich.

Zu § 2

Für den Anwendungsbereich des Gesetzes wird entsprechend § 23 des Grunderwerbsteuergesetzes auf die Verwirklichung des Erwerbsvorgangs abgestellt. Dadurch ist die Kohärenz mit dem bestehenden Grunderwerbsteuerrecht gewahrt.

Zu Artikel 2: Änderung des Saarländischen Besoldungsgesetzes

Mit der Neufassung des § 3b des Saarländischen Besoldungsgesetzes wird die gesetzliche Grundlage für die befristete Absenkung der Besoldung aller Beamtinnen und Beamten geschaffen, die ab dem 1. Januar 2011 neu in Eingangssämtern des gehobenen und des höheren Dienstes eingestellt werden.

Nach der Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichts hat der Gesetzgeber bei Regelungen des Besoldungsrechts einen relativ weiten Gestaltungsspielraum. Er kann auch die Besoldung in den Eingangssämtern einzelner Laufbahnen neu regeln und sich dabei auf die Erwägung stützen, dass – zumindest im Regelfall – die Anfangsqualifikation sowie die typischerweise dadurch bedingte geringere Leistung der erstmals auf Probe ernannten Bediensteten stärker als bisher bei der Festlegung des Grundgehaltes zu berücksichtigen sind.

Die vorgesehene Neuregelung der Eingangsbesoldung im gehobenen und höheren Dienst beruht nicht auf einer anderen Bewertung der Eingangssämter, sondern auf einer veränderten Einschätzung der möglichen Bandbreite des Besoldungsrahmens für dieses Amt, insbesondere im Hinblick auf die Angemessenheit der Eingangsbesoldung.

Im Übrigen ist darauf hinzuweisen, dass das Bundesverfassungsgericht mit Beschluss vom 15. Januar 1985 (2 BvR 1148/84) bezüglich einer Regelung des Bundesgesetzgebers im Haushaltsbegleitgesetz 1984 vom 22. Dezember 1983 (BGBl. I S. 1532) zur Absenkung der Eingangsbesoldung entschieden hat, dass diese nicht die Grundrechte oder diesen gleichstehende Rechte der Betroffenen verletzt.

Aufgrund der mit Gesetz zur Änderung des Grundgesetzes vom 28. August 2006 (BGBl. I S. 2034) erfolgten und zum 1. September 2006 in Kraft getretenen Neuordnung der Gesetzgebungszuständigkeiten von Bund und Ländern (Föderalismusreform I) besitzt das Land die Gesetzgebungskompetenz für die Gesetzesänderung.

Zu Absatz 1:

Satz 1 enthält die grundsätzliche Regelung zur Absenkung der Eingangsbesoldung aller Beamtinnen und Beamten des gehobenen und des höheren Dienstes sowie der Richterinnen und Richter, die ab dem 1. Januar 2011 neu in Eingangssämtern eingestellt werden. Der für die Absenkung gewählte Zeitrahmen von zwei Jahren ist unter Berücksichtigung der vergleichbaren früheren Regelung des Bundes im Haushaltsbegleitgesetz 1984 moderat und mit dem Leistungsprinzip vereinbar.

Satz 2 stellt sicher, dass Beamtinnen und Beamte, die bereits vor dem 1. Januar 2011 Dienstbezüge erhalten oder zu diesem Zeitpunkt wegen einer Beurlaubung nicht erhalten haben, von der Absenkung ausgenommen sind. Die Zeit, in der abweichende Grundgehältsätze in einem anderen Amt oder bei einem anderen Dienstherrn zugestanden haben, ist anzurechnen.

Die bisher in § 3b des Saarländischen Besoldungsgesetzes enthaltenen Absenkungsregelungen für Beamtinnen und Beamte des gehobenen Polizeivollzugsdienstes, die ab dem 1. Januar 2011 eingestellt werden, und für Lehrkräfte des gehobenen Dienstes mit Anspruch auf Dienstbezüge aus einem Eingangsamte der Besoldungsgruppe A 13 werden durch die vorgesehene allgemeine Regelung ersetzt.

Zu Absatz 2:

Mit dem Gesetz zur Änderung des Saarländischen Besoldungsgesetzes und der Verordnung über die Gewährung von Zulagen für Lehrkräfte mit besonderen Funktionen vom 1. Oktober 2008 (Amtsbl. S. 1755) wurde in § 3b Absatz 2 des Saarländischen Besoldungsgesetzes eine Regelung aufgenommen, wonach Lehrkräfte des gehobenen Dienstes, für die ab dem 7. November 2008 ein Anspruch auf Dienstbezüge aus einem Eingangsamte der Besoldungsgruppe A 13 entsteht, abweichend von § 19 Abs. 1 des Bundesbesoldungsgesetzes für die Dauer von fünf bzw. drei Jahren ein um 300 Euro vermindertes Grundgehalt erhalten.

Als Folge der allgemeinen Absenkungsregelung für Beamte des gehobenen und des höheren Dienstes in Absatz 1 wird diese Regelung im Saarländischen Besoldungsgesetz aufgehoben. Für die am Tage des Inkrafttretens dieses Gesetzes vorhandenen Lehrkräfte des gehobenen Dienstes, deren Grundgehalt nach der bisherigen Regelung um 300 Euro vermindert wurde, würde daher die Absenkungsregelung entfallen.

Durch Absatz 2 wird daher sichergestellt, dass in diesen Fällen die bisherige Regelung weiterhin Anwendung findet. Aus Gründen der Gleichbehandlung wird der Zeitraum, in dem ein um 300 Euro vermindertes Grundgehalt zusteht, an den in Absatz 1 genannten Zeitraum (zwei Jahre) angeglichen. Die Zeit, in der ein vermindertes Grundgehalt bereits bezogen wurde, ist anzurechnen.

Zu Artikel 3: Änderung des Saarländischen Beamtengesetzes

Angesichts der Haushaltsnotlage des Saarlandes und der verfassungsrechtlich vorgegebenen Einhaltung der Schuldenbremse sind auch bei den Personalausgaben als dem größten Ausgabenblock Einsparungen unausweichlich.

Mit Blick auf die im Gesundheitswesen in den letzten Jahren zu verzeichnenden starken Kostensteigerungen hat die Landesregierung im Rahmen ihrer Haushaltsklausur am 6. Juli 2010 auch Veränderungen bei der Beihilfe durch die Einführung einer Kostendämpfungspauschale beschlossen. Des Weiteren soll die Beihilfefähigkeit von Heilpraktikerleistungen in Wegfall kommen. Die Aufwendungen für Sehhilfen sollen nur noch beihilfefähig sein bei Personen bis zum vollendeten 18. Lebensjahr und bei schwer Sehbehinderten. Für die Beurteilung eventueller Ansprüche sind die Maßstäbe der gesetzlichen Krankenversicherung heranzuziehen. Mit den Regelungen wird somit eine Gleichstellung mit den Versicherten in der gesetzlichen Krankenversicherung erzielt. Sowohl der Wegfall der Heilpraktikerleistung als auch die Beschränkung der Beihilfefähigkeit für Sehhilfen sind damit keine Sonderopfer der Beamtinnen und Beamten.

Die Kostendämpfungspauschale orientiert sich an dem Modell in Rheinland-Pfalz. Sie ersetzt die bisherigen individuell erhobenen Eigenbeteiligungen bei Medikamenten, Fahrtkosten und stationären Aufenthalten. Als positiver Nebeneffekt ergibt sich eine Verwaltungsvereinfachung für die Beihilfestellen.

Bei der Erhebung der Kostendämpfungspauschale, die jährlich zum Abzug kommt, wird auf die Einreichung des Beihilfeantrags abgestellt. Dadurch wird für die Beihilfestellen die Notwendigkeit vermieden, Rechnungsbeträge aufwändig auf Leistungszeiträume umzulegen. Auch dies dient der Verwaltungsvereinfachung.

Die Kostendämpfungspauschale umfasst auch die berücksichtigungsfähigen Angehörigen. Die Staffelung nach Besoldungsgruppen, die Minderung bzw. der Wegfall der Pauschale bei bestimmten Personengruppen und der Abzugsbetrag in Höhe von 40 Euro für jedes berücksichtigungsfähige Kind beinhalten eine soziale Komponente und berücksichtigen die Leistungsfähigkeit der Beamtinnen und Beamten.

Zu Artikel 4: Änderung der Beihilfeverordnung

Als Konsequenz der Einführung einer allgemeinen Kostendämpfungspauschale in § 67 des Saarländischen Beamtengesetzes werden die einzelnen Eigenbeteiligungen gestrichen. Diese werden bisher als Abzugsbeträge bei Arznei- und Verbandmitteln, im Krankenhaus und Sanatorium und bei den Fahrtkosten bis zu einer Belastungsgrenze erhoben, die ebenfalls wegfällt.

Die übrigen Folgeänderungen berücksichtigen den Wegfall der Heilpraktikerbehandlung aus dem Leistungsumfang der Beihilfe.

Zu Artikel 5: Inkrafttreten

Der Artikel regelt das Inkrafttreten.